

Brennpunkt Öl

Offshore-Förderung ist politische Sackgasse für Barack Obama

Stormy-Annika Mildner / Gitta Lauster / Edna Dretzka

Ende März 2010 kündigte US-Präsident Barack Obama an, er werde weite Teile der US-Gewässer im Atlantik, im Golf von Mexiko und vor der Nordküste Alaskas für Ölbohrungen freigeben. Aus Sorge vor Umweltschäden waren Bohrungen dort mehr als 20 Jahre lang verboten. Die Offshore-Förderung sollte nicht nur das Problem der Energieversorgungssicherheit lösen, die Konjunktur ankurbeln und neue Arbeitsplätze schaffen. Vor allem wollte Obama im Senat Stimmen für sein anhängiges Klimagesetz gewinnen und angesichts der kommenden Kongresswahlen unter Beweis stellen, dass er sich für die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine sichere Energieversorgung engagiert, um so der Kritik der Republikaner den Wind aus den Segeln nehmen. Diese Strategie ist nicht aufgegangen – nicht zuletzt weil die Obama-Administration angesichts der Havarie der Ölplattform »Deepwater Horizon« und der drohenden Umweltkatastrophe Ende April ein neues Moratorium verhängt hat. Das Moratorium soll zumindest so lange gelten, bis die Ursachen der Katastrophe untersucht worden sind.

Noch im Präsidentschaftswahlkampf 2008 war die Offshore-Ölförderung eines der großen Streitthemen zwischen Barack Obama und seinem republikanischen Konkurrenten John McCain. Zusammen mit Sarah Palin, Vizepräsidentschaftskandidatin, warb McCain mit dem Slogan »Drill, baby, drill!« (»Bohren! Bohren!«) für eine Steigerung der US-Ölproduktion auch Offshore. Obama wandte sich damals gegen die Ölförderung in Küstengewässern, da sie seiner Meinung nach weder die hohen Ölpreise senken noch das Problem der Versorgungssicherheit lösen würde. Gut ein Jahr nach seiner Amtsübernahme scheint sich der Wind gedreht zu haben. Am 31. März 2010

stellte der Präsident gemeinsam mit Innenminister Ken Salazar die Planungen zur Exploration sowie Öl- und Gasförderung in Küstenregionen für 2007–2012 und 2012–2017 vor. Bis 2012 sollen nun doch Prüfungen potentieller Öl- und Gasförderstätten im Outer Continental Shelf (Kontinentalschelf, OCS) vor den Küsten diverser Einzelstaaten möglich sein. 2012–2017 sollen gegebenenfalls neue Förderlizenzen vergeben werden. Diese Entscheidung sei ihm nicht leichtgefallen, so Obama. »Unter dem Strich gilt: Angesichts unseres Energiebedarfs sind wir darauf angewiesen, traditionelle Energiequellen zu nutzen, um Wirtschaftswachstum sowie Wettbewerbs-

Ausgewählte rechtliche Grundlagen für die Offshore-Ölförderung in den USA

Exploration und Extraktion natürlicher Ressourcen in Meeresgewässern werden durch eine Reihe einzel- und bundesstaatlicher Gesetze geregelt. Dem »Submerged Lands Act« (SLA) von 1953 zufolge haben die Küstenstaaten sämtliche Rechte zur Nutzung von Ressourcen in einer Zone von drei Seemeilen hinter der Küstenlinie; Ausnahmen sind Texas und Florida, deren Zuständigkeitsgebiet sich auf eine Breite von neun Seemeilen erstreckt. Hinter dieser Zone besitzt die Bundesregierung das alleinige Verfügungsrecht über die Ressourcen bis zur Grenze der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ), maximal 200 Seemeilen hinter der Küstenlinie.

Der »Outer Continental Shelf Lands Act« (OCSLA), ebenfalls von 1953, definiert das »Outer Continental Shelf« als maritime Zone, die den seewärts des Küstenmeers (drei Meilen) gelegenen Meeresboden bis zur äußeren Kante des Randes des Festlandssockels oder bis zu einer Entfernung von 200 Seemeilen zur Basislinie umfasst. Laut OCSLA kann das Innenministerium Nutzungsrechte vergeben (*Lease Sales*). Zudem muss es Fünfjahrespläne erstellen, die das Offshore-Leasing regulieren und Auskunft über die geplanten Leasingaktivitäten, ihren Umfang, Zeitpläne und Standorte geben. In seiner aktuellen Fassung gibt das Gesetz Richtlinien für diese Programme vor (u.a. zur Abschätzung ökologischer Folgen und zur Erhebung von Lizenzgebühren). Die Einzelstaaten haben das Recht, Studien über die Auswirkungen auf ihre Küsten einzufordern. Zudem müssen ihnen unter dem »Coastal Zone Management Act« von 1972 bundesstaatlich genehmigte Explorations- und Förderpläne zur Prüfung vorgelegt werden.

Als Reaktion auf die Ölpest im Santa-Barbara-Kanal vor der Küste Kaliforniens im Jahr 1969 folgte eine Reihe bundesstaatlicher Einschränkungen der Förder-

tätigkeit im OCS. Durch den »Marine Protection Research and Sanctuaries Act« wies der US-Kongress 1972 maritime Schutzgebiete aus, in denen Forschungs- und Bergbautätigkeiten verboten wurden. 1981 verhängte der Kongress dann in einem Budgetbewilligungsgesetz für das Haushaltsjahr 1982 erstmals ein Moratorium für die Vergabe von Pachtlizenzen zur Öl- und Gasförderung im OCS der USA, das seither jährlich erneuert und teils erweitert wurde. »Offshore drilling« war in 85 Prozent der US-Gewässer untersagt; das Moratorium erlaubte nur wenige Ausnahmen wie beispielsweise im Golf von Mexiko vor Texas und Louisiana. George H. W. Bush unterstützte diese Politik 1990 mit einem zusätzlichen präsidentialen Moratorium – auch als Reaktion auf die Tankerhavarie der »Exxon Valdez« 1989, eine der größten Umweltkatastrophen der Seefahrt –, um die immer attraktiver werdende Offshore-Förderung bis 2000 zu begrenzen. Dieses Moratorium wurde 1998 von Präsident Bill Clinton bis 2012 verlängert.

Nachdem der Kongress noch im »Gulf of Mexico Energy Security Act« von 2006 den östlichen Golf von Mexiko bis zum Jahr 2022 von Pachtverträgen ausgeschlossen hatte, öffnete George W. Bush in seinem Fünfjahresplan 2007–2012 mehrere Gebiete für Pachtverträge. Das Programm wurde jedoch im April 2009 durch den »U.S. Court of Appeals for the District of Columbia Circuit« mit der Begründung für rechtswidrig erklärt, es beinhalte keine ausreichenden ökologischen Folgekostenabschätzungen. Im Juli 2008 hob George W. Bush das präsidentiale Fördermoratorium auf und kündigte einen neuen Fünfjahresplan für 2010 bis 2015 an. Dieser sollte den Verkauf von Forschungs- und Förderlizenzen bereits vor 2012 ermöglichen. Daraufhin ließ auch der Kongress im Oktober 2008 sein Moratorium auslaufen.

fähigkeit unserer Unternehmen zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen, auch wenn wir die Produktion von Energiequellen für heimische, erneuerbare Energie ausbauen«.

Anders als Kritiker und Umweltschützer oftmals behaupten, hat Obama die Pläne seines Vorgängers George W. Bush nicht eins zu eins übernommen. Nicht nur hat er die Vergabe neuer Lizenzen bis 2012 ausgesetzt, diverse Gebiete bleiben zudem vor der Erforschung und Förderung von Gas und Öl geschützt. Dazu gehören die Pazifikküste sowie die nördliche Atlantikküste. Während im westlichen und zentralen Golf von Mexiko bereits Öl gefördert wird, bleibt der östliche Teil bis 2022 geschlossen, falls der Kongress das Moratorium nicht vorzeitig aufhebt. Zwei Regionen im Arktischen Ozean vor Alaska, die Chukchi- und die Beaufort-See, werden zwar bereits auf ihre Rohstoffvorkommen hin untersucht und sollen auch weiterhin für Forschung und Bohraktivitäten offen bleiben. Das gilt allerdings nur für jene Gebiete, für die bereits Lizenzen vergeben wurden. Neue Verträge sind im gegenwärtigen Programm nicht mehr möglich. Die Bristol Bay, ein Naturschutzgebiet im Südwesten Alaskas, soll weiterhin mindestens bis 2017 von sämtlichen Forschungstätigkeiten ausgenommen sein, um das Ökosystem und die reichhaltigen Fischbestände zu schonen.

Der vom US Minerals Management Service (MMS) des Innenministeriums durchgeführte Ausschreibungsprozess für Forschungsvorhaben und Förderlizenzen umfasst vier Stufen: Planung, Ausschreibung, Explorationsplanung und Prüfung der endgültigen Förderungsplanung. Laut MMS dauert der gesamte Prozess häufig bis zu fünf Jahre. Begleitet wird er von mehreren, zumeist 30- bis 90-tägigen Phasen, in denen Öffentlichkeit und Kongress das Vorhaben kommentieren können. Ob ab 2012 tatsächlich Förderlizenzen für die in Abbildung 1 (S. 4) ausgewiesenen Planungsgebiete vergeben werden, wird sich folglich erst in den kommenden Jahren zeigen und sowohl von

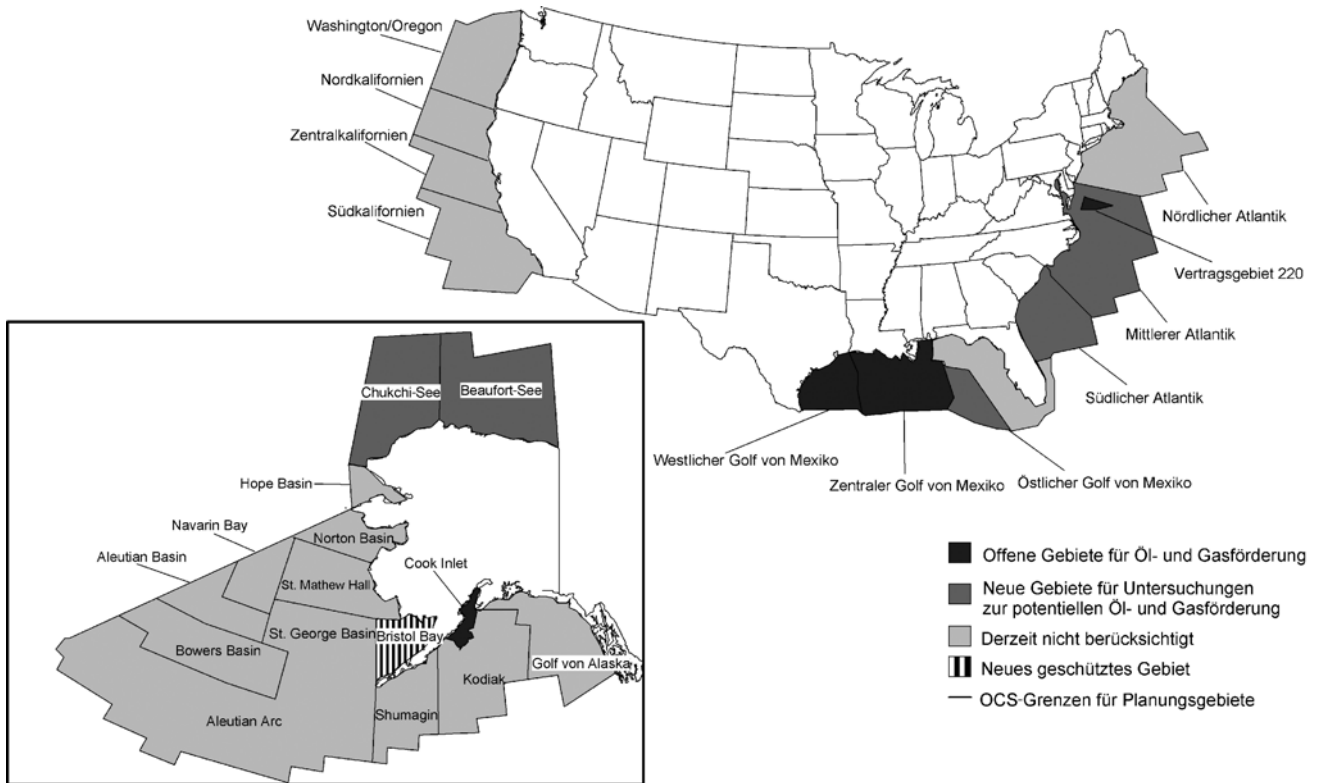
Wirtschaftlichkeitsstudien als auch von Analysen zu Umweltrisiken abhängen.

Versorgungssicherheit

Vermag die geplante Offshore-Förderung das Problem der Energieversorgungssicherheit der USA zu lösen? BP (2009) bezifferte den Gesamtverbrauch von Ölprodukten für das Jahr 2008 mit 19,4 Millionen Barrel täglich, die Produktion mit 6,7 und die Importe mit 12,9 Millionen Barrel. Als weltweit größter Importeur hatten die USA laut BP einen Anteil von etwa einem Viertel an den globalen Ölimporten. Öl machte 2008 nach der US-amerikanischen Energy Information Administration (EIA) 38 Prozent des Primärenergiekonsums der USA aus und deckte etwa 18 Prozent der Energieproduktion. Besonders hoch ist die Abhängigkeit von Öl im Transportsektor. Prognosen deuten darauf hin, dass der Gesamtverbrauch von Öl weiter steigen wird (siehe Abb. 2, S. 4); die EIA geht für den Zeitraum zwischen 2008 und 2035 von jährlichen Steigerungen des Ölkonsums um 0,3 Prozent aus.

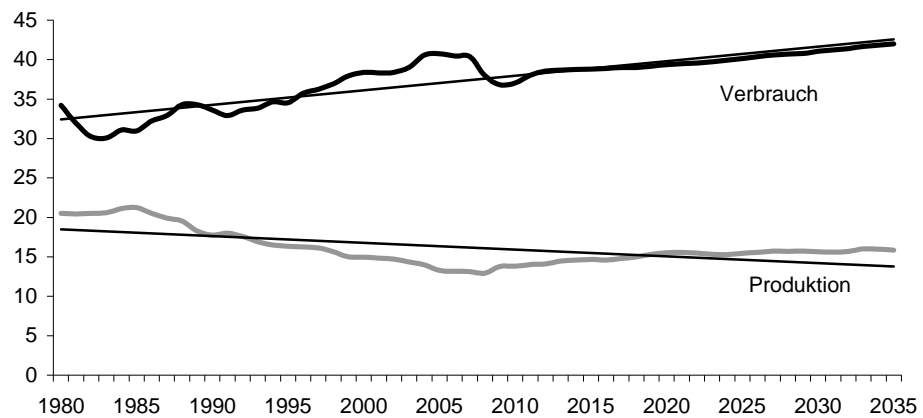
Heute stammt laut EIA rund ein Drittel der Ölimporte der USA aus den NAFTA-Partnerländern Kanada (2008: 20,1 Prozent) und Mexiko (2008: 8,7 Prozent); zusammen mit Saudi-Arabien, Venezuela und Nigeria liefern sie nach Daten der EIA über 60 Prozent des von den USA importierten Öls. Auch wenn somit der Großteil der Ölimporte der USA aus Nicht-OPEC-Ländern stammt, darf nicht vergessen werden, so auch die Befürworter von Offshore-Bohrungen, dass viele Ölfelder in Mexiko den Höhepunkt ihrer Produktion bereits überschritten haben. Auch die Nutzung der Ölsande in Kanada ist mit Problemen behaftet. Zwar werden die abbaubaren Ölreserven in Kanada auf mehr als 178 Milliarden Barrel geschätzt. Damit verfügt laut EIA (2009) Kanada über die zweitgrößten nachgewiesenen Reserven. Gleichwohl ist die Produktion von Öl aus Ölsanden deutlich aufwändiger und teurer als bei konventionellem Öl. Die strategische Ellipse, die sich vom Persischen Golf bis zum Kaspischen

Abbildung 1
Geschützte, freigegebene und Planungsgebiete im Kontinentalschelf (OCS) der USA



Quelle: U.S. Department of the Interior, 2010, <www.doi.gov/whatwedo/energy/ocs/lower48-strategy.cfm>; <www.doi.gov/whatwedo/energy/ocs/AlaskaRegion.cfm> (Zugriff 15.4.2010).

Abbildung 2
US-Produktion und -Verbrauch von Ölprodukten 1980 bis 2035
(in Billionen British Thermal Units [BTU])



Quelle: EIA, *Annual Energy Outlook 2010, Early Release*, Figure 4, 7, 2010, <www.eia.doe.gov/oiarf/aeo/overview.html#production> (Zugriff 15.4.2010).

Tabelle 1**Schätzung des Innenministeriums über die wirtschaftlich förderbaren, unentdeckten Ölreserven (in Milliarden Barrel)**

<i>Atlantik / Golf von Mexiko</i>	<i>Vorkommen</i>	<i>Alaskaregion</i>	<i>Vorkommen</i>
Westlicher Golf von Mexiko	8–10	Cook Inlet	0,7–1,0
Zentraler Golf von Mexiko	25–28	Beaufort-See	2–7
Östlicher Golf von Mexiko	3–3,5	Chukchi-See	0,15–12
Südatlantik	0,03–0,15		
Mittelatlantik	0,5–1,0		

Quelle: DOI, *Map of Estimated Undiscovered, Economically Recoverable Resources*, <www.doi.gov/whatwedo/energy/ocs/upload/UERR-map-2012-2017-80-NoYear-Note.pdf> (Zugriff 15.4.2010).

Meer und Zentralasien erstreckt, dürfte daher weiter an Bedeutung gewinnen – womit auch das Interesse der USA an einer Steigerung der eigenen Ölproduktion wächst.

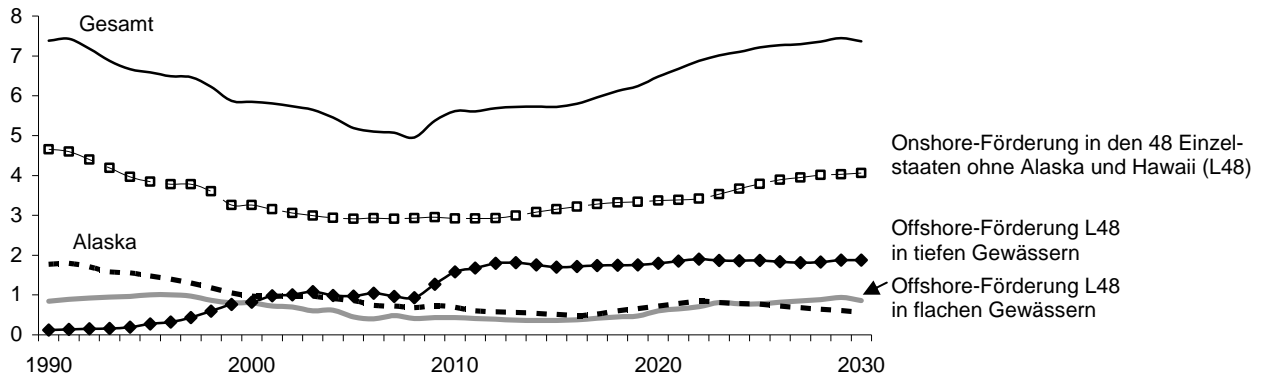
Die EIA (2010) schätzt zwar, dass der Anteil der Importe von Ölprodukten am Verbrauch durch den verstärkten Einsatz von Biokraftstoffen und »Coal-to-Liquids«-Technologien sinken wird, nämlich von ihrem Höchststand im Jahr 2005/2006 von 60 Prozent auf 45 Prozent im Jahr 2035. Dazu wird auch die intensiviertere Offshore-Förderung beitragen. Doch das Problem der Versorgungssicherheit löst man dadurch nicht. Laut Daten der EIA wurden in den USA 2008 4,95 Millionen Barrel Rohöl pro Tag gefördert, davon stammten etwa 24,6 Prozent aus bundesstaatlich und 5,7 Prozent aus einzelstaatlich lizenzierter Offshore-Förderung. Der Großteil der Offshore-Förderung entfiel laut EIA auf den Golf von Mexiko, wo seit Jahren Rohöl gefördert wird. Da die Erforschung der Küsten lange Jahre verboten war, existieren derzeit lediglich Schätzungen über die Öl- und Gasvorräte im Kontinentalschelf der USA. Experten des MMS rechnen im »Survey of Available Data on OCS Resources and Identification of Data Gaps« von 2009 mit insgesamt 66,6 bis 115,1 Milliarden Barrel unentdecktem, technisch abbaubarem Öl in den Küstengebieten, der Median der verschiedenen Schätzwerte liegt bei rund 86 Milliarden Barrel. Davon entfallen 52 Prozent auf den Golf von Mexiko, 12 Prozent auf das OCS des Pazifiks, 4 Prozent auf

das OCS des Atlantiks und rund 31 Prozent auf das OCS Alaskas. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Größenordnung der vom Innenministerium geschätzten wirtschaftlich förderbaren Ölreserven. Mit 36 bis 41,5 Milliarden Barrel Öl befindet sich der Großteil davon im Golf von Mexiko.

Ob die Förderung im Pazifik und Atlantik angesichts der geringen Reservenmengen überhaupt wirtschaftlich sinnvoll ist, wird in einer Analyse der EIA von 2009 skeptisch bewertet. In einer Anhörung vor dem Ausschuss für natürliche Ressourcen des Repräsentantenhauses betonte dessen stellvertretender Geschäftsführer, Howard Gruenspecht, im März 2009, dass selbst bei Vertragsabschlüssen im Jahr 2010 noch eine lange Zeit verstreichen würde, bis die USA tatsächlich mehr Offshore-Öl fördern könnten. Dem werden akribische Prüfungen der Gebiete und vermutlich langwierige Verhandlungen über konkurrierende Bewerbungen vorausgehen. Für den Pazifik schätzt er die Produktion auf 0,5 Millionen Barrel täglich und für Öl aus dem Atlantik auf nur 0,2 Millionen Barrel bis 2030. Im Golf von Mexiko könnten zwar täglich 2,1 Millionen Barrel Rohöl gefördert werden, dieses Gebiet war jedoch bereits vor Obamas neuem Plan für Ölbohrungen geöffnet. Die Offshore-Förderung wird sich mit jährlichen Wachstumsraten von 2,3 Prozent gegenüber der Nutzung anderer Ölquellen (0,5 Prozent) deutlich stärker entwickeln, und auch die täglichen Fördermengen sollen bis 2035 auf 2,4 Millionen

Abbildung 3

US-Rohölproduktion nach Quellen 1990–2030 (in Millionen Barrel pro Tag)



Quelle: EIA, *Annual Energy Outlook 2009*, <www.eia.doe.gov/oiarf/archive/aeo09/gas.html> (Zugriff 15.4.2010).

Barrel (gegenüber 1,4 Millionen Barrel 2007) ansteigen (Abb. 3). Doch weil die ohnehin offenen Gebiete im Golf von Mexiko den Löwenanteil stellen, bleiben die Auswirkungen von Obamas OCS-Plan hinter den Erwartungen der Befürworter von Ölbohrungen zurück. Zudem bleibt der Anteil von Offshore-Rohöl an Gesamtbedarf und -importen der USA geringer, als die Intensität der Debatte vermuten ließe.

Jobs und Wirtschaftswachstum

Angesichts einer Arbeitslosenquote von rund 10 Prozent erscheint das Arbeitsmarktagument zunächst plausibel. Mit einem nennenswerten Beschäftigungsimpuls durch neue Offshore-Förderaktivitäten ist jedoch nicht zu rechnen. 2007 waren laut PricewaterhouseCoopers (2009) in den USA im Öl- und Gassektor 2 123 291 von insgesamt 137 598 000 Beschäftigten tätig (ohne Beschäftigte in der Landwirtschaft). Dies macht einen Anteil von nur rund 1,5 Prozent aus. Zwar erhoffen sich Befürworter der neuen Energiestrategie wie das American Petroleum Institute (API) im Bestfall rund 160 000 neue Arbeitsplätze bis 2030. Allerdings muss selbst API einräumen, dass die Zahl in einem weniger optimistischen Szenario lediglich bei rund 114 000 liegt, wobei der Anteil neuer Arbeitsplätze durch Fördertätigkeit im OCS daran nur rund 39 100 beträgt.

Auch die Absicht, das Wirtschaftswachstum zu stimulieren, ist angesichts des nach wie vor fragilen Aufschwungs durchaus nachvollziehbar. Welche Belastung hohe Ölpreise darstellen können, haben die Jahre 2006–2008 eindrucksvoll bewiesen, als der Ölpreis auf rund 150 Dollar pro Barrel kletterte. Ein großer Impuls ist hier indes nicht zu erwarten, denn die Preise werden auf den Weltmärkten festgesetzt; und selbst wenn im kommenden Sommer neue Testbohrungen im zentralen Golf von Mexiko begonnen werden sollten, wird eine Steigerung der US-Ölproduktion laut Energieministerium kaum nennenswerten Einfluss auf die Ölpreise haben. Auch für eine Stabilisierung der Ölpreise dürfte die geplante Offshore-Förderung nicht ausreichen.

Ein kluger Schachzug?

Obamas Entscheidung war somit weniger eine energiewirtschaftliche denn eine politisch-taktische. Er wollte damit zögernde konservative Demokraten und moderate Republikaner im Senat für sein Klimagesetz gewinnen. Um einen Filibuster im Senat zu vermeiden, benötigt Präsident Obama 60 Stimmen. Die Demokraten kommen zusammen mit zwei üblicherweise demokratisch votierenden unabhängigen Senatoren derzeit aber nur auf 59 Stimmen – und von diesen unterstützen bei weitem nicht alle die klimapolitischen Ambitionen der Ad-

ministration. So betonten zehn demokratische Senatoren aus Wahlkreisen mit einem hohen Anteil verarbeitender Industrie – vornehmlich aus Bundesstaaten des »Rustbelts« (u.a. Ohio, Indiana, Michigan und Pennsylvania) – in einem Brief Mitte April, dass sie nur dann für ein Klimagesetz votieren würden, wenn es Erleichterungen für das produzierende Gewerbe und die Schwerindustrie mit sich bringe.

Die Verbindung von Offshore-Ölförderung mit dem Klimagesetz ist ein weiterer Trade-off in einer ganzen Reihe von Kompromissangeboten der Obama-Administration. Nachdem der von den Senatoren John Kerry (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses) und Barbara Boxer (Vorsitzende des Umweltausschusses) Ende September 2009 vorgelegte Gesetzesentwurf »Clean Energy Jobs and American Power Act« auf vehementen Widerstand gestoßen war, stellten John Kerry und der Republikaner Lindsey Graham Mitte Oktober 2009 eine Kompromisslösung vor. Die beiden Senatoren, denen sich später der unabhängige Senator Joe Lieberman anschloss, befürworteten neben einer stärkeren Förderung der Technologie zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) sowie der Kernenergie einen Kompromiss bei der Exploration weiterer Öl- und Gasvorkommen. Um die parteipolitischen Gegensätze im Senat zu überbrücken, gab Obama Mitte Februar 2010 bekannt, dass die Regierung für den Bau von zwei Kernkraftwerken im Bundesstaat Georgia eine Kreditbürgschaft in Höhe von 8,3 Milliarden Dollar übernehmen werde. Auch beim »Cap-And-Trade«-Modell, dem Kernelement des Kerry-Boxer-Entwurfs, scheint Obama bereit zu sein, auf die Forderungen der Republikaner einzugehen. Er sicherte den Senatoren Kerry, Graham und Lieberman seine Unterstützung für einen parteienübergreifenden Gesetzesentwurf zu, der ursprünglich Ende April 2010 vorgelegt werden sollte. Den drei Senatoren zufolge sollte der Emissionshandel zunächst auf Stromerzeuger beschränkt werden. Erst in einem zweiten Schritt würde er auf größere Industrieanlagen ausgedehnt.

Im Transportsektor sollte eine Reduktion der Emissionen hingegen durch eine CO₂-Steuer erzielt werden. Schließlich zeigte sich Obama auch beim Thema Offshore-Förderung kompromissbereit.

Die Reaktionen der Republikaner auf Obamas Pläne zur Exploration und Förderung von Gas und Öl waren allerdings verhalten. Obama wird vorgeworfen, sich geschickter Rhetorik bedient zu haben, um zu verschleiern, dass er den Beginn von Bohrungen faktisch bis mindestens 2012 verzögert hat. Doc Hastings, republikanischer Kongressabgeordneter und »Ranking Member« des Ausschusses für natürliche Ressourcen, spricht sogar von einem »Obama-Moratorium«, das die von George W. Bush getroffenen Maßnahmen zur Aufhebung der Förderverbote zunichtemache. Hinzu kommt, dass die Klimagesetzgebung ein weiterer Spielstein in der Blockadestrategie der Republikaner ist.

Und auch aus den eigenen Reihen bekommt Obama Gegenwind. Ende März sprachen sich zehn demokratische Senatoren aus Küstenstaaten in einem Brief an Kerry, Graham und Lieberman gegen ein Klimagesetz aus, das mehr Offshore-Förderung gestattet. Umweltorganisationen wie der Sierra Club rechnen mit einer massiven Belastung der Tier- und Pflanzenwelt durch Bohrungen und Schiffsverkehr sowie mit einer Schädigung der Strände und Tourismusbranche. Zudem birgt die Ausdehnung der Offshore-Förderung das Risiko von Ölkatastrophen durch Unfälle auf den Förderplattformen und Schiffen sowie Lecks in den Pipelines. Ein aktuelles Beispiel ist der Untergang der Explorations-Bohrinsel »Deepwater Horizon« etwa 80 Kilometer vor der Küste Louisianas im Golf von Mexiko. Seit Ende April 2010 strömen pro Tag rund 5000 Barrel Rohöl aus zwei Lecken am Bohrgestänge der »Deepwater Horizon«; der Ölteppich hat sich mittlerweile auf eine Fläche von etwa 5500 Quadratkilometern ausgedehnt (Stand: 1. Mai 2010) und bedroht das sensible Mississippi-Delta der USA.

Die durch Ölverschmutzungen verursachten Kosten lassen sich pauschal nicht

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorinnen wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

berechnen, da sie unter anderem vom Öltyp, der Lage und Nähe zur Küste, der eingesetzten Säuberungstechnologie und der Menge des austretenden Öls abhängen. BP beziffert die Kosten für den Einsatz im Kampf gegen den Ölteppich auf etwa 6,5 Millionen Dollar täglich. Umweltanalysten befürchten, dass allein der Fischerei-Industrie in Louisiana Verluste in Höhe von 2,5 Milliarden Dollar drohen; die Schäden für die Tourismusbranche entlang der Golfküste Floridas könnten sich laut der Investmentgesellschaft Berstein auf 3 Milliarden Dollar summieren. Zahlreiche Vertreter aus Küstenstaaten argumentieren daher, dass die prognostizierten Ölmengen nicht rechtfertigen würden, solche Umweltrisiken auf sich zu nehmen. Obama hat auf die Katastrophe reagiert und ein temporäres Moratorium auf die Vergabe neuer Förderlizenzen verhängt, das gelten soll, solange die Ursachen der Havarie untersucht werden. Auch wenn dies an seinen Offshore-Förderplänen faktisch wenig ändert – bis 2012 wären ohnehin keine neuen Lizenzen vergeben worden –, fühlen sich doch viele Republikaner in ihrer Kritik bestätigt.

Ein weiteres unter den Demokraten heiß diskutiertes Thema ist die Verteilung von Einnahmen aus bundesstaatlich lizenzierten Offshore-Förderaktivitäten. 2010 summierten sich diese auf 6 Milliarden US-Dollar; für die kommenden fünf Jahre schätzt der MMS sie auf 40 Milliarden US-Dollar – wichtige Einnahmen der Bundesregierung, auf die sie angesichts der prekären Haushaltslage nicht verzichten könne, so einige Senatoren in einem Brief Ende April 2010. Vertreter der Küstenstaaten sehen dies anders und fordern einen Anteil von 37,5 Prozent der Einnahmen.

Allerdings scheinen nun alle Kompromissangebote nutzlos, da Lindsey Graham nur einen Tag vor der geplanten Vorstellung des Klimagesetzesentwurfs dem Vorhaben seine Unterstützung entzog. Damit ging der vermutlich einzige Unterstützer aus den Reihen der Republikaner verloren, eine Verabschiedung durch den Kongress rückt nun in weite Ferne. Graham ist über

die demokratische Parteiführung im Kongress verärgert, da diese seiner Meinung nach aus wahltaktischen Gründen die gerade unter Republikanern äußerst umstrittene Einwanderungsreform vorzöge, um sich in den Kongresswahlen Stimmen von Wählern lateinamerikanischer Herkunft zu sichern. Senator Kerry hofft zwar, auch ohne die Unterstützung Grahams einen Klimagesetzesentwurf vorlegen zu können. Mit einer baldigen Abstimmung sollte jedoch nicht gerechnet werden. Je näher die Zwischenwahlen des Kongresses (November 2010) rücken, desto unwahrscheinlicher wird ein Votum über die auch in der Bevölkerung kontroverse Klimagesetzgebung.

Bleibt schließlich noch die Frage, ob Obama mit seiner Entscheidung Stimmen in der Bevölkerung für die im November anstehenden Kongresswahlen gewinnen kann. Da der neue Fünfjahresplan keinen unmittelbaren Effekt auf die Beschäftigung und das Wirtschaftswachstum zeitigen wird, ist dies eher unwahrscheinlich. Denn im Wahlkampf wird es vor allem um ein Thema gehen: *Jobs, Jobs, Jobs*. Auch die Offshore-Entscheidung dürfte daher nicht verhindern können, dass die Demokraten zahlreiche Sitze im Repräsentantenhaus und Senat verlieren werden.

Ausblick

Ogleich die Auswirkungen der Pläne Obamas auf die globalen Ölmärkte gering sein dürften, sollten sie international nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Obamas Taktieren ist ein weiterer wichtiger Indikator dafür, dass der innenpolitische Handlungsspielraum der Administration in der Energie- und Klimapolitik begrenzt ist. Ein Klimakompromiss wird sich, wenn überhaupt, nur mit erheblichen Zugeständnissen realisieren lassen. Insofern wird er deutlich hinter den ehrgeizigen Zielen der Europäer zurückbleiben. Transatlantische Kooperation in der Energie- und Klimapolitik bleibt ein schwieriges Thema.